

## **BUNDESWEITEN KAHLSCHLAG IN DER KINDER- UND JUGENDHILFE ABWENDEN**

*Der Landesjugendring NRW positioniert sich gegen Kürzungen beim Kinder- und Jugendplan des Bundes*

*Düsseldorf, 20. September 2023* – **19 Prozent weniger für Jugendverbandsarbeit, Kinder- und Jugendarbeit, Freiwilligendienste sowie außerschulische Bildung: Am heutigen Weltkindertag berät der Familienausschuss im Bundestag über Kürzungen um ein Fünftel des Etats beim Kinder- und Jugendplan (KJP), dem wichtigsten Instrument für Jugendförderung des Bundes. Gemeinsam mit der Konferenz der Landesjugendringe spricht sich der Landesjugendring NRW klar gegen diese Kürzungen aus.**

Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2024 sieht Kürzungen in Höhe von 44,6 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr vor. Massive Einschnitte durch den Wegfall von Aktivitäten, die Millionen junge Menschen in Deutschland erreichen, wären die Folge. Daher demonstrieren heute die freien Träger der Jugendarbeit und -hilfe gegen diesen kurzsichtigen Haushaltsplan der Bundesregierung.

„Gerade angesichts der aktuellen Herausforderungen für junge Menschen, eines Aufwachsens in Krisenzeiten und der Notwendigkeit der Demokratiebildung und des Engagements für eine demokratische Gesellschaft sind die geplanten Kürzungen des Kinder- und Jugendplans kein verantwortungsvolles Handeln mit Blick auf Kinder und Jugendliche“, sagt die stellvertretende Vorsitzende des Landesjugendrings Berlin, Eva Adams.

Wendelin Haag, Vorsitzender des Bundesjugendrings, warnt: „Seit Jahren berücksichtigt die Bundesregierung nicht die gestiegenen Kosten und Aufgaben der Jugendarbeit und -hilfe. Weitere Kürzungen führen zu einem Kahlschlag, der überall spürbar sein wird.“

„Am Ende wird bei den Kindern und Jugendlichen ankommen, dass Freizeiten und internationale Jugendbegegnungen ausfallen. Ebenso wären wichtige Formate der politischen Bildung gefährdet, weil sie nicht mehr finanziert werden können. Kinder und Jugendliche werden mal wieder von der Politik übersehen. Ich halte dies auch mit Blick auf ehrenamtliches Engagement junger Menschen für ein fatales Signal“, führt Mario Machalet, Vorsitzender des Hessischen Jugendrings aus.

### **Freiwilligendienste in Gefahr**

Neben den fatalen Folgen für die Jugend(verbands)arbeit sieht der Landesjugendring NRW auch die negativen Konsequenzen für die Freiwilligendienste als besorgniserregend an. „Schon jetzt sind die Rahmenbedingungen für die Freiwilligen aufgrund der zu geringen Mittel unzureichend“, erläutert Maja Tölke, Vorsitzende des Landesjugendrings NRW. „Durch weitere Kürzungen von insgesamt zu erwartenden 78 Millionen Euro fallen bis zu einem Drittel aller Freiwilligenstellen weg. Wir warnen davor, die hohe Engagementbereitschaft junger Menschen durch wenig nachhaltige Maßnahmen im Keim zu ersticken und dadurch letztendlich das demokratische Gemeinwesen zu gefährden.“

## Pressemeldung

**Bundesweiten Kahlschlag in der Kinder- und Jugendhilfe abwenden vom 20. September 2023**

*Zeichen: 2.845 (mit Leerzeichen)*

### **Ansprechpartner\_in**

Janine Winkler  
Geschäftsführung

Telefon: 0211 49 76 66-0

Mobil: 0176 55 15 52 67

E-Mail: [winkler@ljr-nrw.de](mailto:winkler@ljr-nrw.de)

### **Presseansprechpartnerin**

Kerstin Schüürmann  
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0211 49 76 66-17

Mobil: 0176 46 64 61 73

E-Mail: [presse@ljr-nrw.de](mailto:presse@ljr-nrw.de)

### **Der Landesjugendring NRW im Internet**

Homepage: [www.ljr-nrw.de](http://www.ljr-nrw.de)

[www.facebook.com/ljr.nrw](https://www.facebook.com/ljr.nrw)

[www.twitter.com/ljr\\_nrw](https://www.twitter.com/ljr_nrw)

[www.instagram.com/landesjugendring\\_nrw/](https://www.instagram.com/landesjugendring_nrw/)

Alle Pressemeldungen auch unter [ljr.nrw/presse](http://ljr.nrw/presse).

Der Landesjugendring NRW ist die Arbeitsgemeinschaft der derzeit 25 auf Landesebene anerkannten Jugendverbände, eines Anschlussverbandes sowie einem Mitglied mit Sonderstatus in Nordrhein-Westfalen. Er vertritt die Interessen der Jugendverbände, Jugendringe und junger Menschen und engagiert sich in Grundsatzfragen der Kinder-, Jugend-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik.